



## SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Gütersloh



Geschäftsstelle: Herzebrocker Str. 140, 33334 Gütersloh Vors.: Liane Fülling Tel: 05423-2324 Email: Liane.Fuelling@gmx.de

An die Vorsitzende des  
Gesundheitsausschusses  
Birgit Niemann-Hollatz  
Kreishaus  
Herzebrocker Str. 140  
33324 Gütersloh

nachrichtlich  
Landrat Sven-Georg Adenauer

02.11.2015

Sehr geehrte Frau Niemann-Hollatz,

Das Land NRW hat mit zunächst acht großen Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung geschlossen, die die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften im Asylbewerberleistungsgesetz regelt. Die an der Vereinbarung teilnehmenden Krankenkassen haben die Aufgabe, im Auftrag der teilnehmenden Kommunen die Gesundheitsversorgung der berechtigten Personen gegen Kostenerstattung zu übernehmen. Mit Wirksamwerden der Vereinbarung ab 2016 können Flüchtlinge bei Schmerzen oder akuten Krankheiten einen Arzt aufsuchen und sich nach Vorlage der von den Krankenkassen ausgegebenen Gesundheitskarte behandeln lassen. Das Einholen eines Behandlungsscheins bei den Behörden der Kommune würde damit entfallen.

Aus Sicht der Vertragspartner verfolgt die Rahmenvereinbarung das Ziel,

- den Zugang zum Gesundheitssystem durch Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte zu vereinfachen,
- die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung zu erhöhen und
- die Gemeinden nachhaltig von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Die Vereinbarung ist am 28. August 2015 in Kraft getreten und steht den Kommunen in NRW zum Beitritt offen.

Die SPD-Fraktion stellt in diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Kreisverwaltung und bittet um Beantwortung im Gesundheitsausschuss am 11. November:

1. Hat der Kreis Gütersloh die kreisangehörigen Kommunen über den Abschluss der genannten Rahmenvereinbarung informiert? Wenn ja, in welcher Form?
2. Flankiert der Kreis Gütersloh den Prozess der Meinungsbildung zum Beitritt zur Rahmenvereinbarung mit einer Empfehlung? Wie beurteilt der Kreis Chancen und Risiken dieser Rahmenvereinbarung?
3. Hat der Kreis Gütersloh Kenntnis über die Meinungsbildung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden? Wie viele Kommunen haben bisher ihren Beitritt zur genannten Rahmenvereinbarung erklärt?

Mit freundlichen Grüßen

Liane Fülling

Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion